

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1990

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer, Vergütung von Körperschaftsteuer gemäß §§ 36b bis 36e EStG, Feststellungen gemäß § 47 KStG.
2. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen
 - a) mit den Anfangsbuchstaben M bis O, Q bis S, ohne St, wenn die Streitsachen vor dem 1. 1. 1986 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - b) mit den Anfangsbuchstaben Sch, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1987 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b, Abs. 2 AO 1977, wenn Fragen der beschränkten Steuerpflicht, des Außensteuergesetzes und/oder der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen streitig und diese Fragen allein oder überwiegend zu entscheiden sind.
- 3a. Tarifvorschriften gemäß § 32b EStG.
4. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer) und Erstattung der Kapitalertragsteuer gemäß §§ 44b und 44c EStG.
5. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 50a EStG.
6. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gemäß § 18 AStG.
7. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummern 1 bis 3.
8. Kapitalverkehrssteuern.
9. Kirchensteuer mit Ausnahme der Haftungsfälle, für die der VII. Senat zuständig ist.
10. Allgemeines Abgabenrecht, soweit eine Steuerstreitigkeit
 - a) die Auskunfterteilung nach Maßgabe eines Doppelbesteuerungsabkommens, des § 117 AO 1977 und/oder des EG-Amtshilfe-Gesetzes oder
 - b) die Weitergabe von Informationen an ausländische Behörden oder Gerichte oder deren Unterlassung betrifft.

II. Senat

1. Einheitsbewertung.
2. Gesonderte Feststellung des Wertes der in § 11 Abs. 2 BewG bezeichneten Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften.
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer.
4. Grunderwerbsteuer.
5. Vermögensteuer.
6. Grundsteuer.
7. Rennwett- und Lotteriesteuer.
8. Versicherungsteuer.
9. Feuerschutzsteuer.
10. Wechselsteuer.
11. Spielbankabgabe.
12. Örtliche Verbrauchs- und Aufwandsteuern.

III. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen
 - a) mit den Anfangsbuchstaben A bis F, wenn die Streitsachen vor dem 1. 1. 1987 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - b) mit den Anfangsbuchstaben N und O, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1988 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - c) mit den Anfangsbuchstaben P, St, T bis Z,
 - d) mit dem Anfangsbuchstaben S, ohne Sch und St, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1987 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
 - a) außergewöhnliche Belastungen, wenn nur diese streitig sind,
 - b) Tarifvorschriften der §§ 32, 32a EStG, auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist, wenn nur diese streitig sind.
3. Arbeitnehmervergünstigungen nach dem BerlinFG.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1.
5. Investitionszulagen.
6. Lastenausgleichsabgaben.
7. Beförderungsteuer und Straßengüterverkehrsteuer.

IV. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
 - d) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben G bis L, wenn die Streitsachen in den Kalenderjahren 1985 und 1986 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind und soweit nicht der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis J,
 - b) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung oder aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1 Buchst. b, d und Nummer 2.
4. Gesonderte Teilwertfeststellung gemäß § 55 Abs. 5 EStG i. V. m. § 179 Abs. 1 und 2 AO 1977.

V. Senat

Umsatzsteuer mit Ausnahme Nummern 1 Buchst. b, 2 Buchst. c und 4 beim VII. Senat.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit Ausnahme der Nummer 3 Buchst. a beim X. Senat,
 - b) Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG.

2. Lohnsteuer, mit Ausnahme der Nummer 3 beim I. Senat, der Nummer 2 beim III. Senat, der Nummer 2 Buchst. a bis c beim VII. Senat, der Nummer 1 beim IX. Senat und der Nummer 3 beim X. Senat.
3. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.
4. Bergmannsprämien.
5. Vermögenswirksame Leistungen und Steuerermäßigungen nach den Vermögensbildungsgesetzen.

VII. Senat

1. Zölle und Verbrauchsteuern (§ 10 Abs. 2 Satz 2 FGO) sowie Marktordnungssachen
 - a) Zölle einschließlich Zolltarif, sonstige Eingangs- und Ausfuhrabgaben, zugehörige Erstattungen und Subventionen,
 - b) bundesgesetzlich geregelte Verbrauchsteuern (Art. 108 Abs. 1 GG) einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer sowie Finanzmonopole,
 - c) Marktordnungssachen (§ 29 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen) einschließlich Währungsausgleichsbeträgen und sonstige Abgaben, Erstattungen und Subventionen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.
2. Allgemeines Abgabenrecht und Prozeßrecht bei Streitigkeiten betreffend
 - a) Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO),
 - b) Steuergeheimnis, wenn nur diese Frage zu entscheiden und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 10 der Zuständigkeit des I. Senats),
 - c) Haftung für Kirchensteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer, wenn diese nicht auf dem Einzelsteuergesetz beruht und Grund oder Höhe der Steuer nicht streitig ist,
 - d) Aufrechnung, Abtretung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis und Abrechnungsbescheide, wenn nicht zugleich die Steuerfestsetzung streitig ist,
 - e) Verwaltungsakte wegen Zwangsmitteln (§ 328 AO 1977),
 - f) Vollstreckung einschließlich der Zwangsvollstreckung nach der ZPO, ohne Arrestanordnung und Arrestvollziehung, ferner ausgenommen die Aufteilung von Gesamtschulden,
 - g) Kostenansatz und Kostenfestsetzung für gerichtliche Verfahren, soweit nicht nur die Wertberechnung streitig ist, mit Ausnahme der Nichterhebung von Kosten gemäß § 8 GKG,
 - h) landesrechtlich geregelte Kosten.
3. Kraftfahrzeugsteuer.
4. Umsatzsteuer, wenn lediglich streitig ist, welcher Nummer des Zolltarifs ein Gegenstand zuzuordnen ist.
5. Streitigkeiten, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977 für Personen mit
 - aa) den Anfangsbuchstaben G bis L, wenn die Streitsachen vor dem 1. 1. 1985 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - bb) dem Anfangsbuchstaben R, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1987 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) zuständig ist,
 - b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen nach § 17 EStG und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977,
 - c) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - d) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns,
 - e) Verlustabzug gemäß § 10d EStG.

2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 2 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) zuständig ist,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummern 1 Buchst. a und 2 Buchst. a.

IX. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, wenn in diesem Verfahren nur diese Einkünfte streitig sind).
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

X. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen
 - a) mit den Anfangsbuchstaben A bis L, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1986 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - b) mit den Anfangsbuchstaben M und Q, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1985 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - c) mit den Anfangsbuchstaben N und O, wenn die Streitsachen nach dem 31. 12. 1985 und vor dem 1. 1. 1989 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind,
 - d) mit den Anfangsbuchstaben R und S, ohne St, wenn die Streitsachen in den Kalenderjahren 1986 und 1987 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind, soweit nicht der IV. Senat (Nr. 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO 1977 betreffend sonstige Einkünfte.
3. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Abfindungen wegen Auflösung des Dienstverhältnisses (§ 3 Nr. 9 EStG) und Entschädigungen i. S. von § 24 Nr. 1 EStG bei Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit, auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind,
 - b) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG auch im Lohnsteuerermäßigungs- und im Lohnsteuer-Jahresausgleichsverfahren), mit Ausnahme von Streitigkeiten, die nur § 10 Abs. 1 Nr. 7 oder nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG betreffen,
 - c) § 10e EStG (einschließlich Feststellungen gemäß § 10e Abs. 7 EStG),
 - d) Steuerermäßigung gemäß § 34f EStG mit Ausnahme von Streitigkeiten, die nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG betreffen.

4. Steuerermäßigung gemäß § 17 BerlinFG, wenn nur diese streitig ist.
5. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i. S. der Nummer 1.
6. Wohnungsbau-Prämien.
7. Spar-Prämien.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 i. V. m. § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

Ergänzende Regelungen

I. Übergreifende Zuständigkeiten

1. Ist eine Entscheidung zu mehreren Steuern und/oder Steuerfestsetzungen und/oder gesonderten Feststellungen angefochten, welche nach den vorstehenden Regeln in die Zuständigkeit mehrerer Senate fallen, ist zunächst der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Sache mit dem

höchsten Streitwert fällt. Sind Schätzungen der Umsätze und der Einkünfte zugleich angegriffen, tritt an Stelle des V. Senats zunächst der I., III., IV., VIII., IX. oder X. Senat.

2. Der gemäß Nummer 1 zuständige Senat ist allgemein zuständig für diejenigen Entscheidungen und Verfahrensmaßnahmen, welche aus prozeßrechtlichen Gründen nur einheitlich ergehen können, insbesondere für
 - a) die Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig,
 - b) die Zwischenentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels,
 - c) die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist oder der Revisionsbegründungsfrist,
 - d) für aufhebende Urteile gemäß § 119 FGO, sofern die Rüge das Urteil im ganzen erfaßt,
 - e) die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage, sofern diese einheitlich erhoben war, sowie im Falle des Artikels 3 § 1 VGFGEntlG,
 - f) die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist.
3. Bei der Zuständigkeit gemäß Nummer 1 verbleibt es, wenn zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur solche Rechtsfragen streitig sind, die einheitlich zu entscheiden sind, oder im Fall der Nummer 1 Satz 2 außer der Schätzung keine andere umsatzsteuerliche Rechtsfrage streitig ist, oder zu der nicht in der allgemeinen Zuständigkeit des gemäß Nummer 1 zuständigen Senats liegenden Steuer nur unzulässige Verfahrensrügen erhoben worden sind.
4. Ist der Rechtsstreit nicht auf Grund einer Entscheidung gemäß der Nummer 2 abgeschlossen und sind die Voraussetzungen übergreifender Zuständigkeit gemäß der Nummer 3 nicht erfüllt, wird durch die Trennung der Verfahren jeweils die Zuständigkeit des nach den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständigen Senats begründet und entfällt die Zuständigkeit gemäß den Nummern 1 und 2.
5. Für Anträge auf Prozeßkostenhilfe zur künftigen Einlegung eines Rechtsmittels oder vor Begründung der Revision verbleibt es bei der Regelung der Nummer 1. Die Regelung der Nummer 4 greift erst ein, wenn nach Antragstellung die Revision zulässig eingelegt und begründet oder die Beschwerde zulässig eingelegt worden ist und die Verfahren zur Hauptsache getrennt worden sind.
6. Sind mehrere Entscheidungen angefochten, die denselben Steuerpflichtigen betreffen, sind aber zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur materielle Rechtsfragen streitig, über die bei Zulässigkeit des Rechtsmittels einheitlich entschieden werden muß, ist der in Nummer 1 Satz 1 bezeichnete Senat zuständig. Der gemäß Nummer 1 Satz 2 i. V. m. den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständige Senat ist auch für die Umsatzsteuer zuständig, wenn dem einen angefochtenen Urteil eine Schätzung der Einkünfte, dem anderen eine Schätzung der Umsätze zugrunde liegt; mit beiden Rechtsmitteln die Schätzungen angegriffen wurden und über keine andere umsatzsteuerrechtliche Frage zu entscheiden ist.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., III., IV., VI., VIII., IX. und X. Senat

1. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierhaltung oder aus selbständiger Arbeit betrifft, ist der IV. Senat zuständig, vorbehaltlich der Zuständigkeit des I. Senats gemäß Nummer 3.
2. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne die Streitpunkte nach vorstehender Nummer 1, von denen einer die Höhe der Einkünfte aus Gewerbebetrieb betrifft, ist der I., III., IV., VIII. oder X. Senat zuständig.
3. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach den vorstehenden Nummern 1 und 2, von denen einer die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns oder den Verlustabzug betrifft, ist der VIII. Senat zuständig.
4. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach den vorstehenden Nummern 1 bis 3, von denen einer die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung betrifft, ist der IX. Senat zuständig.

5. Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach den vorstehenden Nummern 1 bis 4, von denen einer die sonstigen Einkünfte oder die Sonderausgaben gemäß § 10 mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 7, §§ 10b, 10c EStG, die Vorschrift des § 10e EStG oder die Steuerermäßigung gemäß § 34f betrifft, ist der X. Senat zuständig.
6. Ist streitig, ob Einkünfte oder Ausgaben den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, den Einkünften aus gewerblicher Tierhaltung oder gewerblicher Tierzucht oder den Einkünften aus selbständiger Arbeit zuzurechnen sind, ist der IV. Senat zuständig. Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben bei den anderen Einkunftsarten streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.
7. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., III., IV., VI., VIII., IX. oder X. Senat, noch nach den vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden streitbefangenen Einkünfte fallen.
8. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der gesonderten Feststellung i. S. von § 180 Abs. 1 und 2 AO 1977 eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
 - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
 - b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
9. Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, nach dessen Familiennamen und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 7).
10. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind.

III. Abgabenordnung 1977 (AO 1977) und Finanzgerichtsordnung (FGO)

1. Die vorstehenden Zuständigkeitsregelungen betreffen auch alle Nebenverfahren, z. B. die Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde und den vorläufigen Rechtsschutz (§§ 69, 114 FGO) und auch solche Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsgeld gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist (Nummer 2 der Zuständigkeit des VII. Senats). Das gilt auch für Streitsachen über Säumniszuschläge, Verspätungszuschläge und Zinsen.
3. Streitsachen über die Anordnung und Durchführung einer
 - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO 1977) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
 - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung (z. B. USt-Sonderprüfung) der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

IV. Übergangsregelungen

1. Anhängige Streitsachen gehen von dem bisher zuständigen Senat auf den auf Grund der Änderung des Geschäftsverteilungsplans neu zuständig gewordenen Senat in der Verfahrenslage über, in der sie sich befinden. Nach Vorbescheid oder mündlicher Verhandlung tritt keine Änderung der Zuständigkeit mehr ein.
2. Der Geschäftsverteilungsplan 1984 gilt für Zuständigkeitsregelungen, die im vorliegenden Geschäftsverteilungsplan nicht aufgeführt sind, für den Fall fort, daß insoweit künftig noch Streitsachen anhängig werden.
3. Soweit sich Zuständigkeitsregelungen auf z. Z. geltende Gesetzesvorschriften beziehen, gelten sie auch für die entsprechenden Vorschriften in früher geltenden Gesetzen, wenn in Streitsachen das frühere Recht maßgebend ist.

V. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Schmidt

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer
Richter am Bundesfinanzhof Brenner
Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kanzler
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Geist und
Dr. Widmann
Richter am Bundesfinanzhof Thomas
für die Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Wassermeyer,
Brenner und Hofmeister

II. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Rid

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Günther

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Heise
Richter am Bundesfinanzhof Loose
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Albrecht

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Günther,
Loose und Dr. Sack
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gorski
für die Richter bzw. Richterin am Bundesfinanzhof
Heise,
Dr. Hofmann und
Dr. Albrecht

III. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Hauter

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Keßler
Richter am Bundesfinanzhof Herden
Richter am Bundesfinanzhof Brockmeyer
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kanzler

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister
für die Richter am Bundesfinanzhof
Brockmeyer und
Dr. Kanzler
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Schwendy,
Prof. Dr. Keßler und
Herden

IV. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Leingärtner

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weiß

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Bordewin
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Freiherr v. Schön-
berg
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kempermann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Albrecht
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Bordewin und
Dr. Freiherr v. Schönberg
Richterin am Bundesfinanzhof Ruban
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Weiß,
Prof. Dr. Groh und
Dr. Kempermann

V. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offer-
haus

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Padberg

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Birkenfeld
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwakenberg

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Boeker
für die Richter am Bundesfinanzhof
Padberg und
Dr. Schwakenberg
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Mößlang,
Dr. Wagner und
Dr. Birkenfeld

VI. Senat

Vorsitzender:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Dr. Grimm

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. v. Bornhaupt

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Seeliger
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck
Richter am Bundesfinanzhof Thomas

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wolff-Diepenbrock
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Seeliger und
Thomas
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Bordewin
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. v. Bornhaupt,
Dr. Sunder-Plassmann und
Dr. Drenseck

VII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. h. c. Beisse

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Prugger
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Olbertz

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Freiherr von Schönberg
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Dänzer-Vanotti und
Dr. Beermann
Richter am Bundesfinanzhof Brenner
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Prugger,
Dr. Hein und
Dr. Olbertz

VIII. Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs
Prof. Dr. Klein

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Söffing

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Scholtz
Richter am Bundesfinanzhof Hellwig
Richterin am Bundesfinanzhof Ruban
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wolff-Diepenbrock

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwakenberg
für die Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Söffing und
Dr. Wolff-Diepenbrock
Richter am Bundesfinanzhof Herden
für die Richter bzw. Richterin am Bundesfinanzhof
Dr. Scholtz,
Hellwig und
Ruban

IX. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Grube
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Mundt
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gorski

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof von Groll
für den Richter bzw. die Richterin am
Bundesfinanzhof
Dr. Herrmann und
Dr. Mundt
Richter am Bundesfinanzhof Brockmeyer
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wollny,
Dr. Grube und
Dr. Gorski

X. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Woerner

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof von Groll
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer
Richter am Bundesfinanzhof Boeker

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Birkenfeld
für die Richter bzw. Richterin am Bundesfinanzhof
Mathiak,
von Groll und
Boeker
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kempermann
für Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Fischer

Großer Senat (1989/1990)

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Klein

Vertreter:

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs Dr. Grimm

Bestellte Mitglieder und bestellte Vertreter:

1. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Woerner
Vertreter: Richterin am Bundesfinanzhof
Dr. Hofmann
2. Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Offerhaus
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Loose
3. Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Keßler
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Söffing
4. Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist
5. Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann
Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr.
Wassermeyer
6. Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Sunder-Plassmann
Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Leingärtner

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so treten an deren Stelle die nächstfolgenden Vertreter, an die Stelle des Vertreters Nummer 6 der Vertreter Nummer 1.

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§ 21g Abs. 2 GVG).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Vorsitzenden des Senats ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter und ist dadurch der Senat unterbesetzt, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regelmäßigen Sitzungstages beansprucht wird. Im Falle der Verhinderung beider regelmäßiger Vertreter bestimmt der Präsident des Bundesfinanzhofs den dienstjüngsten verfügbaren Richter zum Vertreter.
4. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes (1989/1990)

I. Mitglieder kraft Gesetzes:

1. der Präsident des Bundesfinanzhofs
2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung: Vertreter:

I. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geist	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann
--------------------------------------	--

II. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Heise	Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Hofmann
----------------------------------	--

III. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwendy	Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Kießler
---	--

IV. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Bordewin
---	---

V. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Padberg	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Mößlang
------------------------------------	--

VI. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. von Bornhaupt	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck
--	---

VII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dänzer-Vanotti	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Beermann
---	---

VIII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Söffing, Dr. Scholtz	Richter bzw. Richterin am Bundesfinanzhof Hellwig, Ruban
---	--

IX. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wollny	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Herrmann
---------------------------------------	---

X. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Mathiak	Richter am Bundesfinanzhof von Groll
------------------------------------	--------------------------------------

Großer Senat:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Woerner	Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Groh
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Offerhaus	Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Kießler

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.

D. Auflegung des Geschäftsverteilungsplans

Der Geschäftsverteilungsplan liegt in der Präsidialgeschäftsstelle des Bundesfinanzhofs zur Einsichtnahme aus.